

entsprechend verwertet. Das hat die Stimmung beeinflusst. Ebenso waren es innerpolitische Gründe, die in diesem Augenblick die Gefahr einer neuen Lohnbewegung heraufbeschworen. Dem gegenüber war es eine vorbeugende Maßnahme, daß Reichskanzler Luther am 8. August die Preissenkungsaktion der Regierung ankündigte. Es haben dann Ende August vorbereitende Besprechungen stattgefunden, die das Programm enger zu umreißen und gewisse Richtlinien festzulegen suchten. Soweit die Industrie in Frage kommt, wird das Ergebnis aus nachstehender Veröffentlichung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erkennbar:

»Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklären sich bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer vom 1. Oktober auf 1 Prozent in vollem Umfang in der Preisfeststellung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmungen bei der Preiskalkulation dementsprechend verfahren. Auf dem Gebiete des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Die gegenwärtige Lage verlangt von den Kartellen in besonderem Maße eine Anpassung ihrer Maßnahmen an die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft. Überspannungen und Mißbrauch des Kartellwesens können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen und in Verbindung mit der Regierung ungesunde Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen. Die Spitzenverbände weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die von der Öffentlichkeit vielfach beklagten Erscheinungen weit weniger durch die Industriekartelle als durch die nicht kontrollierbaren freien Abreden und kartellähnlichen Abmachungen auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens hervorgerufen werden. Die genannten Spitzenverbände sehen die Möglichkeit des von der Regierung erstrebten Erfolges nur dann, wenn auch die übrigen Berufsstände und die öffentlichen Betriebe sich dem Schritt der Industrie anschließen. Die Verringerung der Preisspanne vom Erzeuger bis zum Verbraucher muß erreicht werden. Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jeden Versuch eines Preisabbaus von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß Allgemeingut werden, daß eine Steigerung des Reallohnes durch Produktionsverbilligung und Preisentzug wertvoller ist als weitere nominelle Lohnerhöhungen. In Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei allen Privaten muß endlich die Sparsamkeit einkehren, die die heutige Lage Deutschlands erfordert.«

Der Anregung der Reichsregierung folgend, haben fernerhin Präsident und Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels beschlossen, die Mitglieder des Zentralverbandes des deutschen Großhandels dringend aufzufordern, beim Verkauf nach dem 1. Oktober die dann eintretende Ermäßigung des Satzes der Umsatzsteuer auf 1 Prozent bei ihrer Preiskalkulation zum Ausdruck zu bringen. Auch wollte der Zentralverband des deutschen Großhandels seine Mitglieder ausdrücklich davor warnen, die durch die Zollvorlagen vorgesehenen autonomen Zölle als irgendwie endgültige Preisbasis zu betrachten, da die Handelsverträge auf die endgültige Festsetzung der Zollsätze zweifellos nicht ohne Einfluß bleiben werden. Die Vertreter des Einzelhandels erklärten ihre Bereitwilligkeit dazu, die Senkung der Umsatzsteuer, die am 1. Oktober erfolgen sollte, in den Warenpreisen insoweit zum Ausdruck zu bringen, wie die Preise der künftig von der Industrie zu beziehenden neuen Waren entsprechend den vom Reichsverband der Industrie gefaßten Beschlüssen eine Preisentzug erfahren würden. Zum Verständnis dieses Zusammenhanges ist, wie ein Bericht der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels hervorhebt, zu bedenken, daß der Einzelhandel auch nach dem 1. Oktober noch längere Zeit Waren absetzen muß, die er zu höheren Preisen unter der Geltung des alten Umsatzsteuergesetzes gekauft hat. Daß der Einzelhandel die unbedingte Notwendigkeit anerkennt, seine eigenen Aufschläge auf das geringste Maß zu beschränken, ist schon aus seinem eigenen Interesse heraus selbstverständlich. Die Vertreter der Regierung erklärten ausdrücklich, daß die Preiskalkulation des Einzelhandels grundsätzlich keinen Anlaß zu Beanstandungen biete. Besondere Beachtung werden die Verbände des Einzelhandels im Zusammenwirken mit den übrigen Spitzenverbänden der Entwicklung des

Kartellwesens zuwenden. Auf die Kartellfragen hat sich schließlich vorläufig das Hauptinteresse konzentriert. Außerdem ist aber eine Senkung der Zinssätze für die zur Ausleihung gelangenden öffentlichen Gelder in Angriff genommen. Zum weiteren Verständnis ist wohl noch die Rede Stegerwalds auf dem Katholikentag in Stuttgart heranzuziehen, wo er u. a. ausführte:

»Wir können es nicht als Notwendigkeit ansehen, daß die Banken von der Wirtschaft 6 und mehr Prozent Zinsen über den Reichsbankdiskont fordern; wir können es nicht als Notwendigkeit ansehen, daß jetzt zwei- bis dreimal so viel Menschen vom Handel leben als vor dem Kriege; wir können es nicht als Notwendigkeit ansehen, daß heute in vielen Betrieben der Wirtschaft zwei bis drei produktiv tätige Menschen einen unproduktiv tätigen durchschleppen müssen; wir können es nicht als Notwendigkeit ansehen, daß viele Beamte im Reich, Land und Gemeinde auf Kosten der vielfach verarmten Steuerzahler sehr viel höhere Bezüge und Pensionen erhalten wollen als vor dem Kriege.«

Das Zentrum ist um seiner starken Anhängerschaft in Arbeiterkreisen willen ganz besonders an der Preisentzugsaktion interessiert und dürfte wohl der intellektuelle Urheber des ganzen Gedankens sein. Zu hoffen ist, daß diese so offenbar aus temporären politisch-taktischen Erwägungen und Bedürfnissen entsprungene Aktion sich von selbst erledigt, sobald die nächsten Zwecke erfüllt sind. Eine Verbilligung der Zinssätze wird der Wirtschaft sicher von Nutzen sein. Auch mit der Beseitigung gewisser Auswüchse des Kartellwesens kann man sich durchaus einverstanden erklären. Man möge aber die Erwartungen nicht überspannen. Es wird genügen, wenn weitere Preissteigerungen, insbesondere nach der Spielregel Lohnerhöhung — Preiserhöhung — Lohnerhöhung usw., verhindert werden können. Eine Preisentzug erscheint in unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum erreichbar, am allerwenigsten durch irgendwie nach Planwirtschaft schmeckende behördliche Eingriffe. Die Erinnerungen an die Zeit der Zwangswirtschaft werden hoffentlich als Warnung dienen. Insbesondere ist auf die bedenkliche Problematik solcher Gedanken hinzuweisen, wie sie Stegerwald äußerte. Es ist richtig, daß unsere Wirtschaft ungebührlich durch unproduktive Lasten überbürdet ist. Es mag auch zutreffen, daß an manchen Stellen im Handel heute zu viel Kostgänger und Mitesser sitzen. Im ganzen gesehen, sind das aber einfach die 20 Millionen Deutsche, die Clemenceau für zu viel erklärte. Es dürfte ziemlich auf dasselbe hinauslaufen, ob diese 20 Millionen als Arbeitslose oder als angebliche Übersetzungen in unserer Wirtschaft durchgeschleppt und durchgefüttert werden. Wenn man hier Umschreibungen von einer Liste auf die andere in größerem Umfang vornehmen wollte, wird vermutlich mehr Schaden angerichtet als geholfen. Wir wollen nicht noch mehr Leute in unserem Volk daran gewöhnen, das bequeme, wenn auch karge Brot der Arbeitslosenunterstützung zu essen. Eine nennenswerte Preisentzug würde dabei jedenfalls am allerwenigsten herauskommen. Diese ist doch wohl erst erreichbar, wenn die Weltwirtschaft wieder im ganzen besser in Gang kommt. Selbst Steigerung der Produktion hilft uns noch nicht allein; wir müssen erst wieder Abnehmer dieser Mehrproduktion zu annehmbaren Preisen sicher haben. Hierauf also ist alle Kraft zu konzentrieren.

Die deutsche Handelsbilanz zeigt nun aber immer noch eine erschreckende Passivität. Trotz aller Handelsvertragsverhandlungen sind wir noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Allerdings zeigt die *A u s f u h r* gerade auf dem Gebiet, das dem Buchhandel nächstverwandt ist, ein Bild, das in gewissem Sinne eine Ausnahmelage widerspiegelt. Der Anteil von Papier und Papierwaren nämlich am Gesamtwert der Ausfuhr Deutschlands betrug in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 5 Prozent gegen 2½ Prozent im Jahre 1913. Der Papierwarenelexport steht damit an vierter Stelle im deutschen Außenhandel. Papier ist das einzige Produkt, dessen Ausfuhr den Vorkriegsstand bei weitem übertreffen konnte, trotzdem nach Abtretung des ostdeutschen Holzgebietes ein sehr großer Teil des Rohstoffes aus Schweden, Finnland und Polen bezogen werden muß und die Zahl der deutschen Fabriken um nahezu 10 Prozent geringer ist. Freilich hat gleichzeitig in der Ausfuhrzusammensetzung eine beachtliche Verschiebung stattgefunden. Während früher das verarbeitete Papier überwog, ist jetzt der Anteil der Rohware im Übergewicht. Den